

noch und nach abgeschafft worden als Dienst des Staates, der Eisenbahn, der Banken, der Produktion. Beide Parteien haben vom Großkapital Subsidien angenommen. „Doch dies eine Bedrohung war, in der Öffentlichkeit bisher nur nicht klar geworden“, sagt die Opposition. „Etwas so Unrechtes wie der Orlaudal müsste sich ereignen, um dem verbündeten Wähler zu wahren Beziehungen seiner Parteien zu Industrie und Finanz zu entzücken und zu zögern, wie die Regierung von der Wallstreet mitspielt.“ Das Ergebnis der Parteigründung wird für Europa von einschneidender Bedeutung sein, wenn auch zunächst vielleicht nur mittelbar. Von diesem Ergebnis hängt ein großer Teil Lebensdauer oder wenigstens doch Aktionsfähigkeit des britischen Arbeitervolkes ab. Denn wie alle Länder Europas den Vereinigten Staaten mit Geld und Gut tributpflichtig sind, hängen sie auch oft an dem Nationalitätsgeiste „Öffentliche Meinung Amerikas“. Und diese öffentliche Meinung bricht vorläufig noch in Scherzkämpfen aus, wenn ein Vorwüller das Wort „Sozialismus“ ausspricht. In London weiß man dies sehr gut, und der honorable Bertrand Russell ist auch bereits ernst bemüht, die das britische Kabinett sehr gefährliche Sozialistenphrasen der großen amerikanischen Ritterstube zu heilen. Da nun auch die neue Partei schließlich irgendwo auf der Achse zwischen Morgan und Mellon stehen wird, in der Auseinandersetzung, in dem sie vor die amerikanische Öffentlichkeit treten wird, ist die Stimmung, die sich schließlich um ihr Programm und ihre Handlungen legen wird, für die soziale Geschichte der Welt in dem nächsten Jahrhundert vielleicht entscheidend.

Wir sagten bereits, daß die internationales Fragen in dem Gründungsprogramm nicht erwähnt werden. Das Gespräch mit prominenten Gründern der „Trident Party“ därfte wir in diesen entnehmen, daß die außenpolitische Grundtendenz des neuen politischen Gebildes durchaus auf Völkerverbündung, Opposition gegen die europäische Geheimdiplomatie und Schaffung eines internationalen Rechts gerichtet sein wird. Einer der Gründer erklärte uns, man würde einen wirklichen Völkerbund unterziehen, sobald aber keinen Vorteil für Europa darin, wenn zu der Majorität problematischer Geister, wie sie sich im bestehenden Völkerbund verkommen hätten, noch ein Amerikaner hinzutrete. Der einzige Vorteil eines Völkerbundes hänge von dem Geist ab, der in den Regierungen der angehörenden Völker herrsche. So hätte man es für das richtige, erst nach einmal den rechten Geist in die Regierung der Vereinigten Staaten zu bringen, und man würde es begreifen, wenn die Völker anderer Länder entsprechend vorgehen würden. Und dann sei es erste Voraussetzung für die Weltgemeinschaft eines Völkerbundes, daß ein Weltgerichtshof geschaffen würde, der sich aus einem von allen Staaten gebildetes internationales Recht richte. Die Staatsmoral habe sich der Privatmoral angelehn.

Aber die Anerkennung Sowjetrusslands beansprucht, erklärt uns die gleiche Persönlichkeit, man halte die Anerkennung einer freien Regierung, sobald sie einmal stabilisiert sei, für eine Selbstverständlichkeit, ob einem das Sympathie jener Regierung posse oder nicht.

Schließlich hören wir diese zwar individuelle, aber für die Ausschauungen in den Kreisen der neuen Partei doch charakteristische Meinung über den Dawes-Bericht:

„Er ist gefährlich, weil er ein dreitausend Meilen entferntes Land unter die Kontrolle von Wallstreet bringen will. Wie in Amerika wissen, was diese Kontrolle schon im eigenen Lande bedeutet. Wie wird sie sich erst in dem fremen Land auswirken, dessen Geschäftspunkte und Eigenarten man mir ungezüglich kennt? Außerdem ist zu befürchten, daß eine solche Interessierung Wallstreet am Brennpunkt der europäischen Konflikte die Vereinigten Staaten leicht in einen neuen Krieg verwickeln könnte.“

Man darf schließen, daß die neue Partei unweit des Standpunktes stehen wird, den Senator Borah eingenommen hat: daß man nämlich den Völkern

Europa helfen müsse, wenn sie danach Verlangen trocken, daß man sich aber entscheiden von der innereuropäischen Politik und ihrer Geheimdiplomatie fernhalten müsse, um nicht Gegenstand ihrer schädlichen Intrigen zu werden.

Die Parteigründung in St. Paul wird die erste große Massendemonstration gegen Wallstreet sein, die Amerika sehen wird. Die Vereinigten Staaten leben damit in die Arena, in die Europa seit Jahren um neue wirtschaftliche und politische Formen kämpft. Das Ergebnis der Parteigründung wird für Europa von einschneidender Bedeutung sein, wenn auch zunächst vielleicht nur mittelbar. Von diesem Ergebnis hängt ein großer Teil Lebensdauer oder wenigstens doch Aktionsfähigkeit des britischen Arbeitervolkes ab. Denn wie alle Länder Europas den Vereinigten Staaten mit Geld und Gut tributpflichtig sind, hängen sie auch oft an dem Nationalitätsgeiste „Öffentliche Meinung Amerikas“. Und diese öffentliche Meinung bricht vorläufig noch in Scherzkämpfen aus, wenn ein Vorwüller das Wort „Sozialismus“ ausspricht. In London weiß man dies sehr gut, und der honorable Bertrand Russell ist auch bereits ernst bemüht, die das britische Kabinett sehr gefährliche Sozialistenphrasen der großen amerikanischen Ritterstube zu heilen. Da nun auch die neue Partei schließlich irgendwo auf der Achse zwischen Morgan und Mellon stehen wird, in der Auseinandersetzung, in dem sie vor die amerikanische Öffentlichkeit treten wird, ist die Stimmung, die sich schließlich um ihr Programm und ihre Handlungen legen wird, für die soziale Geschichte der Welt in dem nächsten Jahrhundert vielleicht entscheidend.

Die amerikanische Antwort auf den japanischen Protest.

Regelung der Streitfrage durch einen Staatsvertrag?

London, 10. Juni.

„Buchminster Gazette“ berichtet aus New York, daß die amerikanische Antwort auf den japanischen Protest wegen der amerikanischen Einwanderungsmassnahmen unmittelbar bevorstehen. Es wird erwartet, daß das Staatsdepartement endgültig der Ansicht Ausdruck geben werde, daß die bestehenden Vertragsverpflichtungen nicht verletzt worden sind. Die Antwort werde in der freundlichen Form gehalten werden.

Staatssekretär Hughes hat die amerikanische Antwort auf die japanische Protestnote in der Auswanderungskonvention fertiggestellt. Sie soll dem Botschafter Nagacura in den nächsten Tagen überreicht werden. In japanischen Kreisen besteht die Hoffnung weiter, daß die ganze Frage doch noch durch Staatsvertrag endgültig geregelt werde. Der hier weisende frühere japanische Kriegsminister Baron Ichimori sagte am Sonnabend in einer Rede, Japan befände sich wegen des Einwanderungsgesetzes in großer Erregung, schoppe aber einige Hoffnung aus der Missbilligung, die gegen das Gesetz in verschiedenen Ländern laut geworden sei. Er hoffe die Zukunft, daß es in der Einwanderungsklausur zu einem neuen Abkommen zwischen den Regierungen von Washington und Tokio kommen werde, durch das das eben beschlossene Gesetz seine Wirklichkeit verlieren.

Man darf schließen, daß die neue Partei unweit des Standpunktes stehen wird, den Senator Borah eingenommen hat: daß man nämlich den Völkern

Mussolini's Sommerrede. Verherrlichung des Faschismus.

Rom, 9. Juni.

In seiner bereits kurz geschilderten Sommerrede erklärte Mussolini u. a., die Abgeordneten der Opposition, die zur Antwortrede auf die Thronrede Stellung genommen hätten, hätten immer wieder die gleichen Gedankengänge wiederholt. Seit 20 Monaten sei von Seiten der Opposition kein neuer politisches Moment in die Debatte gebracht worden. Überhaupt gleich sich die Haltung der Opposition in allen Ländern. Was nun von dieser Seite erwartete Ergebnisse der Parlamentswahlen in gewissen Ländern des Kontinents anläßt, so könnte man nach den Reichstagswahlen in Deutschland nicht von einem Schritt nach links sprechen. Was Frankreich betrifft, so hätte der Linksbloß in der neuen Kammer 276 Sitze erreicht, also nur 12 Sitze mehr als die Rechte, die 24 Mandate erzielte; die 29 Kommunisten, die dazu kamen, bedeuten infolge ihrer ganzen Einstellung nicht ein Hindernis für die Linke und durchaus nicht für den Rechtsblock. In England weiter hält die Konservativen trotz ihres Wahlprogramms und trotz des unpopulären Waldorf bei den Wahlen zum Unterhaus 5 359 690 Stimmen gegenüber 5 576 465 Stimmen bei den Wahlen 1922 erzielt; man könnte also auch hier nicht von einer Umstellung der Wählerschaft sprechen, dazu kommt, daß die englische Arbeitspartei durchaus verschieden sei von den übrigen sozialistischen Parteien des Kontinents; sie sei

das Ergebnis einer Jahrhundertelangen Geschichte. Was endlich Italien anläßt, so seien auf die nationale Liste 4 800 000 Stimmen entfallen, und selbst wenn man 1,8 Millionen Stimmen davon abziehe, so bleiben noch 3 Millionen Wähler, die sich für den Faschismus entschieden, d. h. ebenso viel wie alle zusammen genommen, die ihre Stimme für die Opposition abgaben. Die unterlegenen Parteien versuchen vergebend das Wahlergebnis zu falschen.

Die Billigung der faschistischen Regierung sei bewiesen durch den Willen des Volkes und durch die Zahlen von 700 000 faschistischen Gruppen mit 700 000 Mitgliedern. Während seiner ganzen Geschichte habe Italien keine politische Bewegung von solcher Bedeutung erlebt wie die faschistische.

Nach einer Wiedergabe der nationalen Miliz als einer bewundernswerten Manifestation des Faschismus erklärte Mussolini weiter, noch eine bedeutsame Erscheinung bedürfe der Erwähnung: die Rückkehr des italienischen Volkes zur Ordnung, nachdem es endgültig, daß ihm den barbaren größte Freiheit gewährt sei. Seit 1922 habe das nationale Leben fortgesetzt einen Aufschwung genommen, und niemand könne leugnen, daß alle Lebensadern der Nation wieder in vollem Flusse seien. Das Verdienst an dieser Entwicklung gehörte der faschistischen Regierung. Mussolini kam dann auf die Außenpolitik zu sprechen und erklärte u. a., mehrere Fragen von größerer und geringerer Bedeutung seien in einer für die Belange Italiens zuständigen Weise geordnet worden. Es gebe allerdings noch ein großes Problem, das einer Regelung hatte: das Reparationsproblem.

In dieser Beziehung bedeute es eine Verleichterung, daß Stegermann den Bericht des Dawes-Komitees anzunehmen erklärt.

Im Übrigen glaubte er (Mussolini), daß die Lage Italiens im Vergleich zu den anderen Staaten sich sehr verbessert habe. Die Unregelmäßigkeiten gewisser Verträge erlaubte seine Entlastung. Mussolini wies weiter auf die Störung des Gleichgewichts in Europa und die daher drohende Gefahr von Krisen hin und erklärte, Italien müsse wachsen bleiben und seine militärischen Streitkräfte, Arme, Marine und Luftwaffe, bereit halten. Italien müsse auch im Völkerbund bleiben; denn der Völkerbund erforderte und entschiede Fragen von Bedeutung, wobei Italien nicht fernbleiben dürfe. Mussolini endete seine Rede mit der Erklärung, daß alles getan werde, um die vollen Gesundung des Landes. „Wir haben das Recht und die Pflicht, den heiligen Körper des Vaterlandes zu ernähren!“ Als Mussolini schloß, erhoben sich die Abgeordneten und sprudelten dem Redner unter Beifall, der sich verabschiedete und wiederholte, als Mussolini nach der Abstimmung des Kammer der Signatur verließ.

Einhaltung des Gentlemen-vertrages.

Washington, 10. Juni.

Das Staatsdepartement hat von der amerikanischen Botschaft in Tokio die Nachricht erhalten, daß Japan den Gentlemenvertrag, d. h. die freiwillige Einschränkung der Einwanderung eingehalten hat. Es wird erwartet, daß das Staatsdepartement endgültig der Ansicht Ausdruck geben werde, daß die bestehenden Vertragsverpflichtungen nicht verletzt worden sind. Die Antwort werde in der freundlichen Form gehalten werden.

Rücktritt des japanischen Kabinetts.

Paris, 10. Juni.

Aus Tokio wird gemeldet: Das Kabinett ist zurückgetreten. „New York Herald“ meldet aus Washington, in offiziellen Kreisen wird gegenüber der Nachricht, daß Anto mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt worden sei, größtes Entschuldigen bewahrt. Es herrscht ein ungwidriges Gefühl der Besorgnis darüber, daß der Mann, der in Washington als ein Amerikanischindiger als jeder andere japanische Parteiführer betrachtet werde, zur Regierung gelangt.

Boykott gegen amerikanische Filme.

London, 10. Juni.

Reuter meldet aus Tokio: Die höchsten Filmematographischen Gesellschaften haben gestern den Boykott gegen die amerikanischen Filme beschlossen und ihre Kollegen in ganz Japan aufgefordert, sich diesem Vorgehen anzuschließen.

Bond, 10. Juni.

Neuer berichtet, die britischen und die italienischen Gesandtschaften, die sich mit der Frage der Abgrenzung des Jubalandes beschäftigen, haben ihre Arbeit beendet und ein Abkommen entworfen, in dem die Einzelheiten der neuen Grenze, die sich an die Miltet-Saisojo-Linie halten werde, festgesetzt werden. Die Bekanntmachung wird binnen kurzen von den Regierungen unterzeichnet werden.

Die gelöste Jubaland-Frage.

Bond, 10. Juni.

Neuer berichtet, die britischen und die italienischen Gesandtschaften, die sich mit der Frage der Abgrenzung des Jubalandes beschäftigen, haben ihre Arbeit beendet und ein Abkommen entworfen, in dem die Einzelheiten der neuen Grenze, die sich an die Miltet-Saisojo-Linie halten werde, festgesetzt werden. Die Bekanntmachung wird binnen kurzen von den Regierungen unterzeichnet werden.

Leitung von Fritz Busch in Nürnberg genommen. Mit Richard Strauss, dessen 60. Geburtstag in diesen Tagen von der gesamten musikalischen Welt gefeiert wird, hat die Generaldirektion der Staatsoper eingehende Verhandlungen geplante, deren Ergebnisse jetzt bekanntgegeben werden können. Mit Rückblick auf die Positionen des Meisters kann sich seine persönliche Teilnahme an einer Straußwoche, auf die die Staatsoper den größten Wert legt, zweifellos nicht empfehlenswert erachten. Dagegen wird Richard Strauss im Herbst innerhalb einer Strauß-Woche einige seiner Opern, sowie ein Symphonie-Konzert dirigieren und überdies an den Proben zur Neuauflage des „Intermezzo“ teilnehmen. Die Überlassung dieser Aufführung, um die sich alle großen deutschen Opernhäuser bemüht haben, ist als ein erfreuliches Zeichen für die guten Beziehungen anzusehen, die Richard Strauss mit der Dresden Staatsoper verbunden. Im September wird die Erstaufführung der „Josephslage“ unter musikalischer Leitung von Fritz Busch und in der Inszenierung durch die neuverpflichtete Leiterin des Balletts Ellen Peh, die auch die Partie des „Poliphil“ darstellen wird. Am gleichen Abend geht „Feuersnot“ neu aufgeführt, ebenfalls unter Leitung von Fritz Busch, in Szene. — Unter Hermann Aufschöps Leitung wird „Ariadne auf Naxos“ in der zweiten Aufführung neu aufgeführt werden. Außerdem wird eine Neuinszenierung des „Salomé“ vorbereitet.

Die Festspielwoche in Bad Elster, die nun mehr endgültig auf die Tage vom 28. Juni bis einschließlich 4. Juli festgelegt worden ist, verspricht ein Ereignis für ganz Deutschland zu werden. Außer dem sächsischen Ministerpräsidenten Heldt sind auch der sächsische Minister des Innern Müller und Finanzminister Dr. Reinhold dem Ehrenausschuß beigegeben. Die Opern „Carmen“ und „Barbiere von Sevilla“, sowie die Operette „Gummibarone“ werden von Bandellapellmeister H. Aufschöps (Dresdner Staatsoper) dirigiert werden, während Kapellmeister Schmidt (Bad

isländische Heldenromane.

Richard Wagner's „Ring des Nibelungen“ hat seine Wirkung noch nicht erschöpft. Gar mancher weiß, wo und wie Richard Wagner zu seinem Stoff gekommen war, aber die Nachprüfung selbst, die man gern vorgenommen hätte, die war nicht so leicht möglich, da die nordische Vorlage nicht bequem zugänglich war. Die nordische Nibelungenlegende ist nicht nur in der Edda überliefert, sondern sie hat noch manyslafische Bearbeitung, litar. und Autogestaltung im Norden gefunden. In Island lebte am längsten die Kunst der alten germanischen Erzählung, und es ist einer der seltsam verhüllten Erwerb deutscher Kultur, daß wir die eindrucksvollen Sagen Altnordens in laufendes Gedächtnis und Umgangssprache übertragen und ausbreiten, ohne die nordische Edda, die überall in den Märchen und Sage Nordens vorkommt, zu lesen. Es gehört zu dem unbefriedigenden Bedenken des Verlags Eugen Diederichs in Jena, in einer großangelegten Sammlung „Thule“ altnordische Erzählung und Prosa in einfühlender Übertragung unserer Verständnis nahezubringen. Und was erst als verlegerisches Zugeständnis erschien, ist schließlich zu einem hochdramatischen Erfolg geworden; auf eine Reihe von Büchern konnte eine zweite folgen, und nun liegt ein neuer Band „isländische Heldenromane“ vor, der vier Erzählungen in künstlerischer Übertragung von Paul Herrmann enthält. Sie alle fehlen von der ersten bis zur letzten Seite, so daß es schwer zu sagen ist, welcher von ihnen nun den Vorzug geben soll. In der Erzählung von „Kormag“ taucht eine Gestalt nach Art des Kriegers Haden auf, um die der Verfasser, aus heimischen und fremden Wörtern, eine Rahmenerzählung gelegt hat. In der Geschichte von Hrolf Kraki haben sich Erinnerungen aus der Wallstreet und nach und nach die Geschichte von Sigurd, will sie ein weit umfassenderes und prächtigeres Gemälde entwerfen. Sie erweiterter den Stoff nach vorwärts wie rückwärts und gab dabei auch eigene Szenen. Sie führte das Erzähler des herkömmlichen Helden zurück bis an die Grenzen menschlichen

Liebedenkens. All diese Erzählungen verfügen über einen festgeformten scharfen Tropos, der jede Reflexion verhindert und vielleicht gerade darum um so stärker packt. Worte sind den Menschen nicht gegeben, sie sprechen nur durch ihre Taten.

Doch das Hauptmerkmal dieses Buches beansprucht die „Geschichte von den Völkern“, denn sie hat weitgehendliche Bedeutung erlangt. Aus ihr hat die Dichtung später Zeiten wiederholt geschöpft. Der Nibelungenstoff ist und allen vertraut, aber weniger klar schon scheiden wir nordische und isländische Überlieferung. Gerade heute, wo der Nibelungenfilm seinen Zug durch die Welt antreibt, erleben wir, wie seine Verfasserin Thea von Harbo, mehr oder minder geschickt, ein Konglomerat aus beiden Quellen schuf. Gerade die deutsche Sage erzählt nur wenig von Siegfrieds Jugend und von seinen Eltern; und auch mit Beilinsons weig sie nichts Rechtes mehr anzufangen. Wohl liegt noch in langsam verdämmernder Erinnerung ihre Abstammung an der Göttlerage, aber sie selbst ist nur als Jungfrau von unerhörter Kraft aus, deren Beziehungen zu Siegfried nur ganz verschwommen angedeutet werden. Alles in der nordischen Sage schaut angedeutet. Wir finden den ältesten Nibelenschlag in den Einzelheiten der Edda, die aber noch nicht zum löslichen Ganzen sich zusammenfügen. Sie schuf dann, in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, ein Isländisches Werk aus, das der Verfasser, aus heimischen und fremden Wörtern, eine Rahmenerzählung gelegt hat. Und diese Nibelungenzeichnung verdrängte nach und nach die Geschichte von Sigurd, will sie ein weit umfassenderes und prächtigeres Gemälde entwerfen. Sie erweiterter den Stoff nach vorwärts wie rückwärts und gab dabei auch eigene Szenen. Sie führte das Erzähler des herkömmlichen Helden zurück bis an die Grenzen menschlichen

Fritz Busch in Nürnberg genommen. Mit Richard Strauss, dessen 60. Geburtstag in diesen Tagen von der gesamten musikalischen Welt gefeiert wird, hat die Generaldirektion der Staatsoper eingehende Verhandlungen geplante, deren Ergebnisse jetzt bekanntgegeben werden können. Mit Rückblick auf die Positionen des Meisters kann sich seine persönliche Teilnahme an einer Straußwoche, auf die die Staatsoper den größten Wert legt, zweifellos nicht empfehlenswert erachten. Dagegen wird Richard Strauss im Herbst innerhalb einer Strauß-Woche einige seiner Opern, sowie ein Symphonie-Konzert dirigieren und überdies an den Proben zur Neuauflage des „Intermezzo“ teilnehmen. Die Überlassung dieser Aufführung, um die sich alle großen deutschen Opernhäuser bemüht haben, ist als ein erfreuliches Zeichen für die guten Beziehungen anzusehen, die Richard Strauss mit der Dresden Staatsoper verbunden. Im September wird die Erstaufführung der „Josephslage“ unter musikalischer Leitung von Fritz Busch und in der Inszenierung durch die neuverpflichtete Leiterin des Balletts Ellen Peh, die auch die Partie des „Poliphil“ darstellen wird. Am gleichen Abend geht „Feuersnot“ neu aufgeführt, ebenfalls unter Leitung von Fritz Busch, in Szene. — Unter Hermann Aufschöps Leitung wird „Ariadne auf Naxos“ in der zweiten Aufführung neu aufgeführt werden. Außerdem wird eine Neuinszenierung des „Salomé“ vorbereitet.

Die Festspielwoche in Bad Elster, die nun mehr endgültig auf die Tage vom 28. Juni bis einschließlich 4. Juli festgelegt worden ist, verspricht ein Ereignis für ganz Deutschland zu werden. Außer dem sächsischen Ministerpräsidenten Heldt sind auch der sächsische Minister des Innern Müller und Finanzminister Dr. Reinhold dem Ehrenausschuß beigegeben. Die Opern „Carmen“ und „Barbiere von Sevilla“, sowie die Operette „Gummibarone“ werden von Bandellapellmeister H. Aufschöps (Dresdner Staatsoper) dirigiert werden, während Kapellmeister Schmidt (Bad